

## **Beschluss des Landrates vom 22.03.2018**

Nr. 1950

### **24. Dekret: Ergänzungsformulierung betreffend Anteil erneuerbare Energie ohne Mehrkosten**

2017/304; Protokoll: bw

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat die Motion als Postulat entgegennehme.

**Philipp Schoch** (Grüne) möchte der folgenden Diskussion den Wind aus den Segeln nehmen und wandelt seine Motion in ein Postulat um.

**Thomas Bühler** (SP) glaubt, dass im Landratssaal darüber Einigkeit bestehe, dass die Umsetzung des Energiegesetzes vorab und vor allem im Bereich der Heizenergie stattfinden müsse. Da gibt es Möglichkeiten und Kompetenzen. Bei der Mobilität ist dies schwieriger. Der Vorschlag im Postulat erscheint der SP Fraktion sinnvoll und moderat. Es geht um einen Ersatz von Wärmepumpen in bestehenden Bauten. Bei Neubauten wurde dies gesetzlich bereits geregelt. Ebenfalls beigefügt wurden die Zusätze «soweit es technisch möglich ist und zu keinen Mehrkosten führt.» Mit diesen beiden Zusätzen kann man doch nicht ernsthaft gegen diese Ergänzung sein. Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat einstimmig.

**Christoph Häring** (SVP) sagt, dass die SVP-Fraktion mit der Motion zu einer Ergänzungsformulierung im Energiegesetz nicht einverstanden sei. Der Landrat hat dem Energiegesetz 2016 zugestimmt, das Volk in Bezug auf die Finanzierung jedoch nicht. Mit der Motion wird versucht, nachträglich die nicht subventionierbare Umstellung auf erneuerbare Energien zu erzwingen. Die Formulierung «[...] soweit es technisch möglich ist» ist dem Motionär zu wenig zwingend. Er unterstellt dem Käufer Unfähigkeit, eine Vollkostenrechnung zu erstellen. Der Motionär irrt gewaltig. Die Käufer und Akteure in der Heizungs- und Energiebranche können sehr wohl rechnen. Systeme mit erneuerbaren Energien werden auch ohne Zwang angewendet und installiert, wenn sie sich rechnen. Ob ein Amt oder eine Behördenstelle die Wirtschaftlichkeit besser beurteilen kann als die Wirtschaft, bezweifelt der Redner stark. Selbstverständlich unterstützen die SVP-Fraktion und der Redner den Motionär als neuen Präsidenten des Waldwirtschaftsverbandes. Auf dass der erneuerbare Rohstoff aus unserer Region als Baustoff und weiterhin als Energieträger zur Anwendung kommt. Diesbezüglich wird er viel Arbeit vor sich haben, weil genau die Amtsstellen nicht in der Lage sind, gesamtwirtschaftlich das Interesse des Kantons umzusetzen. In diesem Sinne unterstützt die SVP-Fraktion weder eine Motion noch ein Postulat.

**Christine Frey** (FDP) sagt, dass sich das Anliegen gut anhöre. Auch die FDP-Fraktion unterstützt die Ziele der kantonalen Energiestrategie. Es sollen Anreize gesetzt werden, damit auch bestehende Gebäude energetisch saniert und entsprechend energieeffizient gemacht werden. Ebenfalls wird die erneuerbare Wärmeproduktion unterstützt. Jetzt kommt das Aber. Der Umstieg auf Heizsysteme mit erneuerbaren Energien darf nicht auf einem Zwang basieren. Die FDP-Fraktion hält die Wahlfreiheit da hoch, wo es Sinn macht und tiefere Kosten zur Folge hat. Kurz gesagt glaubt die FDP-Fraktion an die Kraft des Wettbewerbs, der Entwicklung und an die Wahlfreiheit. Deshalb wird das Postulat nicht unterstützt.

**Christine Gorrengourt** (CVP) sagt, dass wie so oft alle das gleiche Ziel haben und die meisten die gleiche Meinung vertreten und trotzdem kommt man zu verschiedenen Schlüssen. Der Regie-

rungsrat schlägt vor, das Anliegen als Postulat zu überweisen. Die Ziele sind im Gesetz verankert, werden sie erreicht, müssen sowieso Massnahmen geprüft werden. Für eine Mehrheit der CVP/BDP-Fraktion ist ein Postulat zurzeit der richtige Weg. Die Zielerreichung der Massnahmen muss einbezogen und geprüft werden. Dann weiss man, welche Erfahrungen unser Nachbarkanton mit den Bestimmungen gemacht hat. Falls die Ziele ohne Zwang erreicht werden, was alle hoffen, dann kann das Postulat auch gerade abgeschrieben werden. Das Postulat soll überwiesen und gehofft werden, dass die Ziele durch Freiwilligkeit erreicht werden, um dann das Postulat wieder abzuschreiben.

://: Der in ein Postulat umgewandelte Vorstoss wird mit 44:37 Stimmen abgelehnt.

---